Deutscher Bundestag

17. Wahlperiode 27. 02. 2013

Änderungsantrag

der Abgeordneten Dorothee Menzner, Eva Bulling-Schröter, Ralph Lenkert, Sabine Stüber und der Fraktion DIE LINKE.

zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksachen 17/11822, 17/12537 -

Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung der Rückholung radioaktiver Abfälle und der Stilllegung der Schachtanlage Asse II

Der Bundestag wolle beschließen:

Artikel 1 Absatz 2 Satz 3 wird wie folgt gefasst:

"Die Stilllegung erfolgt nach Rückholung der radioaktiven Abfälle."

Berlin, den 26. Februar 2013

Dr. Gregor Gysi und Fraktion

Begründung

Die Kombination der Wörter "vorzugsweise" und "soll" schafft eine unnötige Relativierung des gebundenen Ermessens der Behörden an die Rückholung. Das gebundene Ermessen der Behörden findet unterdessen seinen Rahmen in den formulierten Abbruchkriterien bereits hinreichend.

